

Katholische Kirche ruft zur Solidarität mit den Christen in China auf

Bonn, 23.09.2008/APD Zur Solidarität mit den Christen in China hat der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), aufgerufen. Die Kirche in China sei nicht frei, obwohl sich die Lage der Christen in den letzten 25 Jahren verbessert habe, sagte Schick am 23. September in Fulda. Die so genannte Untergrundkirche lebe in der Illegalität und dürfe offiziell gar nicht existieren, und der staatlich anerkannte Teil der Kirche stehe trotz gewisser Freiheiten unter ständiger Kontrolle, betonte Schick bei der Vorstellung der diesjährigen Initiative „Solidarität für verfolgte und bedrängte Christen“ der Deutschen Bischofskonferenz. Mit der 2003 ins Leben gerufenen Aktion wollen die deutschen katholischen Bischöfe die Aufmerksamkeit von Kirchengemeinden und Öffentlichkeit verstärkt auf die Situation jener Christen lenken, deren Menschenrechte eingeschränkt und missachtet werden. Zu diesem Zweck wird jährlich eine Arbeitshilfe veröffentlicht, die sich jeweils einer Schwerpunktregion widmet.

Mit welchen Schwierigkeiten die Christen in China zu kämpfen hätten, schilderte Pater Anton Weber, Leiter des China-Zentrums in St. Augustin. Das Recht auf Religionsfreiheit sei zwar in der Verfassung verankert, dennoch werde der Religion in China „nicht oder noch nicht“ jenes Maß an Freiheit gewährt, die der internationale Menschenrechtsstandard fordere. Pfarrer und Bischöfe müssten regelmäßig an politischen Schulungen teilnehmen, die Ausbildung an den theologischen Seminaren werde überwacht. Laut Weber würden auch Telefongespräche abgehört und immer wieder sollten Kleriker als Informanten gewonnen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit Quellenangabe „APD“ gestattet!